

DIE BAUERN UND DIE REVOLUTION.

Der oben skizzierte Entwicklungsgang verhindert, daß ein zahlreiches Landproletariat gebildet wurde. Wenn es auch noch immer viel größer als die Zahl der besitzenden Bauern ist, so doch lange nicht in dem Verhältnis, wie die erdrückende Masse des Industrieproletariats gegenüber der Bourgeoisie. Es kommt noch hinzu, daß die Klassengegensätze auf dem Lande nicht so stark in den Vordergrund treten, gerade weil der kleine und mittlere Bauer mit seinen Familienangehörigen selbst mitarbeitet. Hat der Besitz in den Städten zum reinen Parasitismus geführt, bei dem kleinen und mittleren Bauernbetrieb ist das nicht der Fall. Dadurch ist eine proletarische Revolution auf dem Lande viel schwieriger, als in den Städten. Doch liegen die Verhältnisse nicht so hoffnungslos, wie das auf den ersten Blick erscheint. Sehr sicher gibt es auf dem Lande eine verhältnismäßig große Zahl Besitzende, aber diese wissen ganz gut, daß sie im Grunde nicht viel mehr sind, wie die Geschäftsbesorger des Anleihekapitals, während die Last der Existenzangewißheit schwer auf sie drückt. Ohne Zweifel bleibt es richtig, daß der besitzende Bauer nie ein Vorkämpfer des Kommunismus sein wird. Die wirtschaftliche Stellung aber, welche er einnimmt, nötigt ihn, sich den Gesellschaftsgruppen anzuschließen, die sich an die Seite des Siegers stellen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß er dann nicht von Haus und Hof verjagt, oder von der Leitung und Verwaltung seiner Produktion ausgeschaltet wird. Die proletarische Revolution kann keinen Pachtzins oder Hypothekenschulden anerkennen, weil nur die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit der Produkte berechnet wird, und damit erscheint die Bauernfrage für die „Assoziation freier und gleicher Produzenten“ nicht so schwierig, als für den Kommunismus der „reifen“ Betriebe.

Die Tatsache, daß der Bauer Warenproduzent geworden ist, ist für die Revolution von größter Bedeutung und die „Angst vor den Bauern“ ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß ihre

heutige Position falsch eingeschätzt wird. So wird z. B. fortwährend darauf hingewiesen, daß das Proletariat in seiner Ernährung von den Bauern abhängig ist und daß man sie also nicht zu viel gegen sich einnehmen darf.

Diese Warnung beruht noch auf dem Zustand der Agrarwirtschaft, wie er in der vergangenen Periode war. Man sieht die Frage so, als ob der Bauer noch der Bauer von früher, nicht der ausgesprochene Warenproduzent von heute sei, der nicht nur den Ueberschuß seiner geschlossenen Hauswirtschaft, sondern sein ganzes Produkt auf den Markt bringen muß. In der heutigen Lage ist das Proletariat nicht mehr von den Bauern abhängig, als umgekehrt. Liefern die Bauern dem Proletariat ihr Produkt nicht, dann sind sie ebenso dem Hunger ausgeliefert wie das Proletariat, so paradox dies auch klingen möge. Trotz allem muß der Bauer sein Produkt verkaufen, weil er nur produziert, was er selber nicht verbraucht und verbrauchen muß, was er selber nicht produziert.

Man hört auch viel die Bemerkung, daß der Bauer lieber sein Produkt den Tieren verfüttert, als es gezwungener Maßen zu verkaufen. Auch dies ist ein Mißverständnis, welches auf die veraltete Ansicht von der geschlossenen Hauswirtschaft zurückzuführen ist. Der Viehbauer hat nur Vieh (abgesehen von den Nebenprodukten) und weiter nichts. Der Ackerbauer hat wohl Getreide, aber kein Vieh, der Hühnerbauer etliche hundert Hühner, der Gemüsebauer nur eine bestimmte Anzahl Gemüsesorten. Sie sind alle Spezialisten.

Dazu hört man auch noch die Befürchtung, daß der Bauer verweigern wird, sein Land weiter zu beackern, d. h., daß er zur geschlossenen Hauswirtschaft zurückzukehren versucht. Aber auch das kann er nicht. Selbst ein Bauer kann nicht ein Jahrhundert zurückgehen und alles Erforderliche selbst verfertigen, weil er weder über die erforderlichen Fähigkeiten, noch über die dazu notwendigen Werkzeuge verfügt. Mit der einmal vollzogenen Vergesellschaftung der Arbeit kann niemand sich mehr derselben entziehen. Ein Zurück ist unmöglich geworden. Wie man die Sache auch wendet oder dreht, die Bauern sind auf dem gesellschaftlichen Schiff und müssen mit.

XVI.

DIE AGRARISCHE REVOLUTION IN RUSSLAND UND UNGARN.

Rußland.

Die Lösung der Agrarfrage in Rußland bringt wenig Belehrung für die Entwicklung der agrarischen Revolution in Westeuropa. Die Landwirtschaft war dort noch in den feudalen Verhältnissen des Großgrundbesitzes (vielfach mit geschlossener Hauswirtschaft). Die kapitalistische Parole: „Das Land den Bauern“ bedeutete darum in Rußland die Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit . . . wie die französischen Bauern sie 1789 eroberten. Sie verschafften sich ein Stück Privatbesitz, auf dem sie nach eigenem Belieben wirtschaften konnten. Der russische Bauer verlangt auch als Kapitalist, als Warenproduzent, auf der gesellschaftlichen Bühne aufzutreten, warum er denn auch bald gegen die Sowjetregierung agierte und die Freiheit des Innenhandels erzwang.

Damit setzte in Rußland die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft ein, welche wir hier in Westeuropa schon lange durchgemacht haben. Die Russen weisen mit großmütiger Geste auf das Wachstum des Kommunismus auf dem flachen Lande hin, womit dann gemeint wird, daß die Bauern sich in Genossenschaften zusammenschließen, um die Vorteile moderner Technik, gemeinschaftlicher Preisfestsetzung und kollektiven Ein- und Verkaufs für sich nutzbar zu machen. Der russische Bauer wird dabei ebenso als sein Klassengenosse in Westeuropa von der Notwendigkeit geleitet, eine kräftige Position auf dem Markt einzunehmen, um einen möglichst hohen Profit einzuheimsen. Hieraus sehen wir, daß der von den Bolschewiken gepriesene „Kommunismus“ in Westeuropa viel weiter fortgeschritten ist, als in Rußland.

Kein Wunder, daß wir bei den Russen nicht viel zu lernen haben in der Frage agrarischer Betriebsverwaltung in kommunistischem Sinne. Von Betriebsorganisationen, die mit der Leitung und Verwaltung betraut sind, ist selbstverständlich keine Rede, gerade weil alles privater Besitz ist.

Ungarn.

Das Räteungarn bietet ein ganz anderes Bild vom Werdegang der Revolution. Der Kleinbesitz blieb unangetastet, der große und mittlere Besitz wurde durch Dekret für enteignet erklärt, ohne daß die Bauern das Land aufteilten. Das konnte so geschehen, weil die Bauern an der Revolution so unschuldig waren, wie neugeborene Kinder. Diesbezüglich erzählt Varga uns folgendes:

„In Ungarn gab es keine Revolution im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Macht fiel den Proletariern sozusagen über Nacht legal in die Hände. Auf dem flachen Lande gab es überhaupt nur eine geringfügige revolutionäre Bewegung, aber auch keinen bewaffneten Widerstand. Daher konnte die juristische Enteignung ohne jedes Hindernis vollzogen werden und der Großbetrieb erhalten werden“ . . . „Wir betonen den Ausdruck juristisch, denn es muß offen eingestanden werden, daß die Enteignung in den meisten Fällen nur juristisch vollzogen wurde, sozial aber in vielen Fällen sich so wenig änderte, daß die Landbevölkerung von der Enteignung oft keine klare Vorstellung besaß.“ . . . „Verblieb der bisherige Gutsbesitzer als staatlich angestellter Betriebsleiter auf dem enteigneten Gut, so änderte sich sozial vorläufig gar nichts. Der Gutsbesitzer verblieb in derselben herrschaftlichen Wohnung, fuhr weiter mit demselben Viergespann, ließ sich von den Arbeitern weiter „Gnädiger Herr“ anreden. Die ganze Aenderung bestand darin, daß er nicht mehr frank und frei über sein Vermögen verfügen konnte, sondern den Anordnungen der Betriebszentrale folgen mußte. Davon bemerkte aber der landwirtschaftliche Arbeiter sehr wenig; für ihn hatte die soziale Revolution nur insofern eine Bedeutung, als er einen viel höheren Verdienst erhielt, als bisher.“

(Die Wirtschaftspolitischen Probleme, S. 103.)

Doch verlief es nicht überall so. Einzelne große Güter wurden zu produktiven Assoziationen erklärt, wobei die Leitung und Verwaltung scheinbar in die Hände der Arbeiter gelegt wurde.

„Aus den einzelnen Gütern wurden Produktionsgenossenschaften gebildet. Die Genossenschaften eines Territoriums wurden unter einer gemeinsamen Oberleitung vereinigt. Sämtliche Produktivgenossenschaften wurden in der „Landes-Betriebs-Zentrale der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften“ zusammengefaßt, welche unmittelbar unter der Leitung der Sektion für Ackerbau des Obersten Wirtschaftsrates stand. Die Form der Produktivgenossenschaft wurde wegen der sozialen Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter gewählt. Hätten wir die Großgüter einfach für Staatseigentum erklärt, wären die Lohnforderungen der Arbeiter uferlos

und die Arbeitsintensität minimal gewesen. Auf diese Weise war die Möglichkeit gegeben, für die Arbeitsdisziplin und Arbeitsintensität damit zu agitieren, daß der Reinertrag des Gutes den Arbeitern selbst gehöre. Hiermit wurde auch dem Bestreben der Landarbeiter, Eigenbesitz zu erhalten, in gewisser Weise Genüge getan.“ . . . „Materiell hatte diese Konzession wenig zu bedeuten, da die Buchführung zentral geschah. Es bestand die Absicht, nach genügender vorhergehender Aufklärung die enteigneten Großgüter offen als Staatseigentum, die Arbeiter als Arbeiter des Staates zu erklären, ganz wie die industriellen Arbeiter.“

(Die Wirtschaftspolitischen Probleme, S. 105.)

Ergebnis.

Das kritisiert sich selbst! Ganz offenherzig sagt Varga: „Gib den Arbeitern den Schein, als ob sie die Produktion leiten und verwalten, in Wirklichkeit hat es wenig zu bedeuten, denn WIR verfügen über die zentrale Leitung, während diese wiederum den reinen Ertrag durch die „Preispolitik“ bestimmt. Deutlich wird hier demonstriert, wie notwendig es ist, das Verhältnis der Produzenten zum gesellschaftlichen Produkt von der sachlichen Produktion selbst bestimmen zu lassen, damit nicht eine neue Beherrschung unter der Maske der Demokratie auftritt.“

Es lohnt sich nicht, auf Einzelheiten in bezug auf die Landwirtschaft in Räteungarn einzugehen. Wir ziehen nur den Schluß, daß sowohl Rußland als Ungarn ein abschreckendes Beispiel von kommunistischer Produktion waren und sind. In Rußland handelten die Bauern kapitalistisch. „Die Bauern teilten den Boden auf und verschleppten die Produktionsmittel, wobei nicht die Aermsten, sondern die wohlhabendsten Bauern den größeren Anteil erhielten“ (Varga, S. 103). In Ungarn handelten sie gar nicht, das bedeutet, daß wir bis jetzt kein Beispiel haben, wie das ländliche Proletariat und die kleinen und mittleren Bauern unter westeuropäischen Verhältnissen einer proletarischen Revolution entgegenreten.

Welche Ideologie bei ihnen in den Vordergrund tritt? Organisieren sie sich auch in der Revolution und in welcher Form? Wir wissen es nicht. Das einzige, was wir tun können, ist, zu untersuchen, wie ihr Verhalten in den proletarischen Revolten von 1918 bis 1923 war.

XVII.

DAS LANDWIRTSCHAFTLICHE PROLETARIAT UND DIE KLEIN- UND MITTELBAUERN IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION.

Der Auftakt.

Als im November 1918 in Deutschland die kaiserliche Gewalt zusammenstürzte, geschah dies sicher nicht durch die proletarisch-revolutionäre Aktivität der Massen. Die Kriegsfront wurde durchbrochen, die Soldaten desertierten zu Tausenden. In dieser Situation wollte die deutsche Marine noch eine letzte große Kraftanstrengung versuchen, durch einen hartnäckigen Schlag auf der Nordsee. Die Matrosen dachten zu Recht oder zu Unrecht, daß sie hierbei alle den Tod finden würden und dies wurde die Anleitung zur Massendienstverweigerung auf den Kriegsschiffen. Einmal auf dieser Bahn, mußten die Matrosen weiter, weil sonst die meuternden Schiffe von den „getreuen“ Truppen in den Grund geschossen worden wären. Sie hißten darum die rote Flagge, was zum allgemeinen Matrosenaufstand führte. Hiermit war die erlösende Tat getan, die Matrosen mußten nun weiter. Mit eiserner Notwendigkeit entwickelte sich die eine Tat aus der anderen. Sie marschierten also nach Hamburg, um die Hilfe der Arbeiter anzurufen. Wie sollten sie hier empfangen werden? Sollten sie zurückgeschlagen werden?

Es war keine Rede von irgendwelchem Widerstand. Zu Hunderttausenden erklärten sich die Arbeiter mit den Matrosen solidarisch, wobei die revolutionäre Aktivität in den Arbeiter- und Soldatenräten ihren Ausdruck fand, und der Siegeszug der deutschen Revolution ganz Deutschland durchzog. Und dies war das Merkwürdige. Obwohl die Militärzensur alle Berichte über die russische Revolution von 1917 unter ihrer Kontrolle hatte, obwohl also gar keine Propaganda für den Rätegedanken gemacht war, ja obwohl die russische Rätestruktur den deutschen Arbeitern völlig unbekannt war, hatte sich in der Zeitspanne von einigen Tagen ein ganzes Netz von Räten über Deutschland gezogen.

Die Ausstrahlungen.

Der Bürgerkrieg, der jetzt folgt, stand im Zeichen des Sozialismus. Einerseits die Sozialdemokratie, welche den Sozialismus aufbaute als eine einfache Fortsetzung des Konzentrationsprozesses des Kapitalismus, mit der legalen Nationalisierung der großen Industrie, wobei sie die Rätebewegung als Verkörperung der Selbstaktivität der Massen vernichten mußte. Andererseits der neugeborene Kommunismus, welcher die Nationalisation nur auf illegalem Wege erreichbar erachtete, also wurzelnd auf der Selbstaktivität der Massen. Das Ziel war dasselbe, aber der Weg dahin nicht.

Obwohl die Besetzung der Betriebe durch das Proletariat während der ganzen revolutionären Periode allgemein durchgeführt war, kam es doch nirgends zu einer „Inbesitznahme im Namen der Gesellschaft“. Die Betriebe wurden von den alten Besitzern verwaltet und geleitet, sie blieben immer ihr Eigentum, sei es auch hier und da unter Kontrolle der Arbeiter.

Der Stillstand.

Daß es nicht weiter kam, findet zum größten Teil seinen Grund in der Tatsache, daß der revolutionäre Teil des Proletariats alle Kräfte gebrauchte, um seine Position gegenüber der Konterrevolution zu behaupten, welche unter Führung der Sozialdemokratie dem Chaos und der eigenmächtigen Nationalisierung vorbeugen wollte. Die proletarische Revolution war daher außerordentlich schwach. Ein großer Teil von Gesellschaftsgruppen wurde von der Revolution bezwungen und mußte wohl oder übel die Seite der Sieger wählen. Sie wurden jedoch zur Konterrevolution getrieben, da das Proletariat noch in sich selbst zerteilt und mit sich selbst beschäftigt war.

Obwohl hier nicht der richtige Ort ist, den Verlauf des deutschen Bürgerkriegs zu skizzieren, mußten wir ganz kurz darauf eingehen, weil die Haltung des landwirtschaftlichen Proletariats und der kleineren und mittleren Bauern selbstverständlich mit diesem Verlauf zusammenhängt.

Die Bauern.

Als erste Erscheinung tritt hervor, daß die Bauern keinen wesentlichen Faktor in der Revolution formten. Zu einer selbständigen Organisation, die eine eigene Stellung einnahm, kam es nicht. Eine eigene Rätebildung kam nicht zustande, es sei denn in Bayern, als dort die Diktatur erklärt wurde. Hier mußten die Bauern sich ansprechen, wobei dieselbe Erscheinung hervortrat, als beim Proletariat; sie traten nicht als geschlossene Einheit auf. Ein Teil der

Bauern wählte die Seite der Revolution, ein anderer Teil stellte sich dagegen. Leider verfügen wir nicht über Daten bezüglich des Charakters der Bauernformationen, welche sich neben die Revolution stellten, als auch nicht über nähere Zahlenverhältnisse.

Außer in Bayern beteiligten sich die Bauern kaum an der Revolution. Von einer direkten Unterstützung war keine Rede, und die allgemeine Stimmung war deutlich antipathisch. Die Parole: „Das Land den Bauern“ hatte hier keinen Sinn, weil Klein- und Mittelbetrieb stark vertreten sind. Möge es bei einem zurückgebliebenen Stand der Landwirtschaft, wie beispielsweise in Rußland, genügen, eine Parzelle Grund in Privatbesitz zu haben, die moderne Bewirtschaftung in Westeuropa stellt auch noch andere Forderungen. Außer Grund und Boden ist obendrein noch ein erhebliches Kapital an Produktionsmitteln und Rohstoffen notwendig, um die gesellschaftlich durchschnittliche Produktivität zu erreichen. Wird diese nicht erreicht, dann ist der Betrieb nicht rentabel, und muß also aufgegeben werden. Bei einem hochentwickelten Stand der Landwirtschaft ist daher die Parole, mit der Rußland solche ungeheuren Kräfte zu lösen wußte, für die kleinen Bauern sinnlos.

Es gibt in Deutschland aber auch noch ausgedehnte Gebiete, in denen der Großgrundbesitz überwiegend ist, wodurch die Frage auftritt, inwieweit hier das landwirtschaftliche Proletariat Neigung zeigte, dem russischen Beispiel, das Land aufzuteilen, zu folgen. Um es vorweg zu sagen, es war nichts davon zu bemerken. — Die Produktionsverhältnisse beim deutschen Großgrundbesitz ließen solche Gedanken gar nicht aufkommen. Wenn bei zurückgebliebenem Stand der Agrarwirtschaft die Gedankenwelt des landarmen Bauern sich natürlicherweise um die Aufteilung des Grund und Bodens dreht, dann kann sich bei wissenschaftlich betriebener, durch Spezialisierung gekennzeichnete Bearbeitung der großen Güter nur Gemeinbesitz mit gemeinschaftlicher Bearbeitung als Ideologie entwickeln.

Es könnte dagegen eingewandt werden, daß die technische Entwicklung nicht unmittelbar in der Ideologie der Landbevölkerung zum Ausdruck komme, weil die Macht der Tradition ein gewichtiges Wort mitspricht. Und doch können wir in der von uns gestreiften Frage den Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnis und Ideologie deutlich sehen.

Beim deutschen Großgrundbesitz wird die Landwirtschaft als Industrie betrieben, weil sie nach der modernen Technik und Wissenschaft eingerichtet ist. Die großen Getreideländereien werden mit modernen Maschinen bearbeitet, das Getreide in großen Scheunen gelagert und maschinell verarbeitet. In den Viehzuchtgebieten sind ausgedehnte Wiesen mit Stallungseinrichtungen für hundert Kühe, während die Milch in eigenen Molkereien zubereitet wird. Die großen Kartoffelfelder im Norden sind ganz auf diese Kultur spezialisiert und die Schnapsfabrik ist direkt darauf gepflanzt. Aehn-

lich liegen die Verhältnisse in der Provinz Sachsen, wo alles spezialisiert ist auf Zuckerrübenbau für die angeschlossenen Zuckerfabriken in Magdeburg, Aken, usw.

In diesen Verhältnissen kann die Parole: „Das Land den Bauern“ im Sinne der Landaufteilung nach russischem Muster keinen Nährboden finden. Die landwirtschaftlichen Arbeiter würden nicht wissen, was mit dem Land anfangen. Im Viehgebiet könnten sie sich allerdings ein Stück Land und ein paar Kühe beschaffen, aber weil ihre Wohnungen nicht als Bauernhof eingerichtet sind, können sie den Betrieb von Viehzüchtern oder Milchbauern doch nicht ausüben. Obendrein fehlen noch die Werkzeuge, um ihren Besitz exploitiern zu können. Diese Verhältnisse haben für den ganzen deutschen Großgrundbesitz Geltung und darum können wir sagen, daß der hochentwickelte Stand der Landwirtschaft eine Aufteilung des Bodens verhindert.

Die dort schaffenden Arbeiter bilden das echte agrarische Proletariat. Sie stehen vor demselben Problem wie die Industriearbeiter, vor der „Uebernahme als Ganzes im Namen der Gesellschaft“. War das Industrieproletariat zu schwach, die Probleme des Kommunismus ernsthaft in Angriff zu nehmen, so kam es beim Agrarproletariat gar nicht zur Problemstellung. Die agrarischen Produktionsverhältnisse bestimmen, daß Tausende von Proletariern nicht innerhalb eines kleinen Gebietes ihre Solidaritätsbedingungen finden, wodurch eine gemeinschaftliche Kampffront schwerlich zustande kommt. Das landwirtschaftliche Proletariat kam denn auch nicht oder kaum zur Rätebildung und es spielte in der deutschen Revolution keine Rolle.

Eigentümlich war die Haltung des sogenannten Halbproletariats auf dem Lande. Insbesondere in Deutschland gibt es dort sehr viel Industrie, eine Erscheinung, die sich auch in den anderen Ländern immer mehr geltend macht. Das mag zusammenfallen mit den billigeren Arbeitskräften, wie auch mit den niedrigeren Bodenpreisen und Steuern. Weil die benötigten Arbeiter aus der Bauernbevölkerung der Nachbarschaft rekrutiert werden und diese in ihrer freien Zeit noch ein ziemlich großes Stück Land bearbeiten, nehmen sie eine Zwischenstellung ein, welche wir als Halbproletariat bezeichnen. Der Charakter ihrer Landwirtschaft ist der der geschlossenen Hauswirtschaft. Was von ihnen auf den Markt kommt, spielt keine Rolle.

Das eigentümliche ist nun, daß dieses Halbproletariat eine vor nichts zurückschreckende Kraft in der Revolution war. Mehrere Male gingen sie voran in der Bewegung; sie traten in den Ausstand und marschierten nach den umliegenden Städten, um den Kampf auf breitere Grundlage zu bringen. Thüringen ist hiervon ein sprechendes Beispiel. Außerdem haben diese Arbeiter aber auch vorzügliche Arbeit geleistet bei der Nahrungsversorgung der Städte. Im Anfang der Revolution, als die Räte noch die Macht in den Hän-

den hatten, hielten die Bauern die Lebensmittel fest, um die Preise hochzuschrauben. Die Räte in der Stadt setzten sich hierauf mit den Räten der Fabriken auf dem Lande in Verbindung und die Halbproletarier, welche dort mit der Situation völlig vertraut sind, z w a n g e n die Bauern, ihr Produkt zu festgesetzten Preisen abzuliefern. (Hamburg.)

Zusammenfassend können wir sagen, daß sich im allgemeinen weder das deutsche landwirtschaftliche Proletariat noch der deutsche Bauer an der Revolution beteiligten. Mögen beim Agrarproletariat auch schon kommunistische Ideologien vorhanden gewesen sein, sie waren jedenfalls noch außerordentlich schwach, wodurch sie noch nicht zum Ausdruck kommen konnten. Es hat denn auch den Anschein, daß die Bauern bei einer proletarischen Revolution eine abwartende Haltung annehmen. Diese wird im allgemeinen bestimmt werden von der Kraft der Revolution und von der Tatsache, ob die landwirtschaftlichen Großbetriebe sich bei der kommunistischen Produktion einschalten.

XVIII.

DIE BAUERN UNTER DER PROLETARISCHEN DIKTATUR.

Die proletarische Revolution, die die Durchführung des Kommunismus nicht als eine „Nationalisierung“ der „reifen“ Betriebe auffaßt, sondern als die Durchführung eines Prinzips, nach dem alle Produzenten ihre Arbeit selbst der kommunistischen Produktion einfügen, legt damit zugleich die Grundlage für die Einreihung der ganzen Agrikultur als Unterteil der Gesamtproduktion. Dieses eine Prinzip ist die Schaffung und Befestigung einer Einheit, die den Produktenstrom, der sich innerhalb der Gesellschaft bewegt, normalisiert, — ist die Feststellung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit des Produkts. Jeder Betrieb wird dadurch zu einer aktiven Zelle des Kommunismus, wo sich die proletarische Selbstaktivität entfalten kann.

Ist die Macht des industriellen Proletariats unwiderruflich im Rätssystem verankert, dann kann es nicht anders, als dieselben Organisationsprinzipien auf die Landwirtschaft zu übertragen. Die Produktion ist jederzeit funktionell abhängig von ihrem organisatorischen Aufbau; aber wie dieses Rätssystem sich auf dem Lande auswirkt, ist eine andere Frage, welche die Zukunft zu lösen hat. Mögen die allgemeinen Prinzipien des Rätensystems für Industrie und Landwirtschaft dieselben sein, es gibt doch viele Umstände, welche bestimmen, daß dieses Allgemeine in den besonderen Fällen sehr verschieden zutage tritt. So wird sich z. B. zeigen, daß das proletarische Bewußtsein bei den Industriearbeitern viel kräftiger entwickelt ist, als beim landwirtschaftlichen Proletariat, während ein weiterer Grund für eine andere Ausarbeitung des Räteprinzips in der Verschiedenheit der natürlichen Produktionsbedingungen in Industrie und Landwirtschaft liegt.

Doch wie dem auch sei, entscheidend ist, daß die Bauern sich in Dorfkommunen, die schließlich nichts anderes als die Zusammenfassung der Betriebsorganisationen der Bauernhöfe sind, zusammenschließen. Von selbst werden die Bauern es allerdings nicht tun, sodaß neben einer mächtigen Propaganda die ökonomische

Diktatur des Proletariats diese Arbeit zustande bringen muß. Diese wirkt sich dann so aus, daß Landbau-Werkzeuge, Saatgut, Kunstdünger, Benzin, Petroleum usw. nur an landwirtschaftliche Betriebsorganisationen oder Dorfkommunen geliefert werden. Je fester das Proletariat der Industrie im Sattel sitzt, desto sicherer ist eine schnelle Selbstorganisation der Bauern durchzuführen.

Die Bauern haben dann ebenso wie die Industriearbeiter die Aufgabe, die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit ihrer Produkte mit Hilfe der Formel $(p + r) + a$ zu berechnen. Daß dieses durchführbar ist, verdanken wir dem Kapitalismus, der den Bauern zum Warenproduzenten machte. Am deutlichsten wird die Möglichkeit einer solchen Berechnung durch die Tatsache demonstriert, daß man die moderne sogenannte „Selbstkostenrechnung“ heute ebenso in der Landwirtschaft anwendet, wie in der Industrie (siehe J. S. King, „Costaccounting applide to agriculture“). Allerdings stehen wir in dieser Beziehung noch am Anfang. Bedenkt man aber, daß diese junge Wissenschaft erst 1922 ihren Lauf begann, dann muß man staunen, wie schnell sich allgemeine Grundsätze für die industrielle als auch agrarische Produktion durchsetzen. In Wirklichkeit wird damit bewiesen, daß der Charakter beider Produktionsgebiete derselbe ist, daß die agrarische Produktion zu der industriellen übergegangen ist. Die Tradition wirkt hier noch als hemmender Faktor, doch die schlechten finanziellen Resultate der Landwirtschaft in Westeuropa untergraben diesen sehr schnell. Wer mit den Bauern in nähere Berührung kommt wird erfahren, daß bei ihnen alte Wahrheiten schnell fallen und neue geboren werden. Das bezieht sich allerdings nicht auf kommunistische Produktion, aber doch auf Rationalisierung, modernere Betriebsleitung und Genossenschaftsbildung. Für die kommunistische Produktion bedeutet das aber, daß die Bedingungen für die allseitige Durchführung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit schnell wachsen.

Natürlich bleibt immer eine erhebliche Differenz zwischen industrieller und agrarischer Produktion, die im besonderen in den natürlichen Produktionsbedingungen liegt. So spielen Regen, Trockenheit, Pflanzen- und Tierkrankheiten ihre Rolle, wodurch die Produktivität der Betriebe nicht so genau wie dieses in der Industrie möglich ist, im voraus festgestellt werden kann. Doch ist eine Vergleichung der Produktivität der einzelnen Betriebe sehr gut möglich (siehe z. B. J. S. King), und man vergleicht sie denn auch jetzt schon. Es ist dies bereits die Stichprobe für die Rationalisierung der Bauernhöfe. Was die Feststellung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeiten betrifft, so ist es nicht unsere Aufgabe, Methoden „auszudenken“, wie diese in jedem einzelnen Fall am einzelnen Produkt realisiert werden. Soviel ist allerdings klar, daß die Verwirklichung dieser Kategorie zu einer Durchorganisation der ganzen Landwirtschaft führt. Weiter wird sich wohl als

Notwendigkeit aufdrängen, daß die Reproduktionszeit nicht über eine Produktionsperiode, sondern sich z. B. über 10 Jahre erstrecken muß. Die Wechselfälligkeiten der Natur sind bei einer größeren Zeitspanne leichter auszugleichen; es können dann bei der Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit die aus natürlichen Ursachen resultierenden Schwankungen vermieden werden. Es gibt so nur noch ein Sinken der durchschnittlichen Reproduktionszeit bei fortschreitender und steigender Produktivität.

XIX.

SCHLUSSWORT.

Die Marxschen „Randglossen“.

Es ist an der Zeit, daß das revolutionäre Proletariat sich bestimmte Vorstellungen macht von der Gesellschaftsordnung, die es an die Stelle des Kapitalismus setzen will. Es geht nicht mehr an, diese Aufgabe mit der Bemerkung beiseitezuschieben, daß die siegende Arbeiterklasse ungeahnte Kräfte entwickeln wird, wenn sie nur erst die Fessel abgeschüttelt hat. Das ist einmal ein sehr unsicherer Wechsel auf die Zukunft und schlägt obendrein völlig daneben. Das Gegenteil ist wahr. Die kapitalistische Wirtschaft geht mit Riesenschritten den Weg der Konzentration, wie jeder Tag aufs neue lehrt, und wer nicht blind ist, muß erkennen, daß sie früher oder später im Staat ihre Dachgesellschaft finden wird. Das ist also der Weg der Machtkonzentration des Kapitals und zugleich das Bündnis aller herrschenden Schichten — mit Einschluß der Führerschicht in den alten Arbeiterorganisationen — gegen das Proletariat. In diese Entwicklung mündet die auf breitester Grundlage geführte Propaganda der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für Wirtschaftsdemokratie, oder besser gesagt, Einflußnahme der Führung der alten Organisation — auf dem Umweg über den Staat — auf die Wirtschaft. Die alte Arbeiterbewegung entrollt ihr wirtschaftliches Programm — ihre Planwirtschaft —, ihr Sozialismus bekommt Form und Gestalt; aber es ist deutlich, daß es nur eine Fortentwicklung der Beherrschung der Lohnarbeit ist. Und nun kann man auch mit Sicherheit sagen, daß der sogenannte russische Staatskommunismus nur eine radikalere Durchführung dieser neuen Herrschaftsform ist. Wir revolutionären Proletarier haben also keine Wahl. Den breiten Arbeitermassen wird im Augenblick schon für ihre Aktionen und Kämpfe ein Weg gewiesen, der angeblich zum Sozialismus oder Kommunismus, zu ihrer Befreiung führen soll. Und dieselben Arbeitermassen sind es, die wir gewinnen müssen, denen wir ihr eigenes Ziel zeigen müssen, denn ohne sie gibt es keine Revolution und keinen Kommunismus. Das können wir nur, wenn wir selber klare

und konkrete Vorstellungen haben von der Produktionsordnung und Gliederung in kommunistischer Gesellschaft.

Aber noch mehr. Selbst bürgerliche Wissenschaftler erkennen das Herannahen der Katastrophe, und sie bereiten jetzt schon den Weg für die Verständigung des Kapitals mit dem Gedanken der Gemeinwirtschaft vor. Sie erkennen, daß die Tage der privaten Bewirtschaftung gezählt sind, und es geht nun darum, die Ausbeutung bei der Gemeinbewirtschaftung aufrecht zu erhalten. Kennzeichnend dafür ist die Schrift eines bürgerlichen Oekonomen — E. Horn, „Die ökonomischen Grenzen der Gemeinwirtschaft“ — worin gesagt wird, daß die Aufhebung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln nicht zusammenfallen braucht mit der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise. Darum wehrt er sich schließlich auch nicht gegen die Aufhebung des Privatbesitzes, aber der „Warenaustausch“, die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem Markt und der Mehrwertformung soll auf alle Fälle beibehalten werden. Für ihn lautet die Frage nicht, ob, sondern wie der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben wird.

Ein bürgerlicher Oekonom, wie E. Horn, muß natürlich die Unmöglichkeit des Kommunismus nachweisen. Daß er es tut an Hand der Böhm-Bawerk'schen Grenznutzentheorie, erspart uns ein Eingehen darauf. Bucharin hat das in der Widerlegung dieser Theorie seinem Buch: „Die politische Oekonomie des Rentners“ unserer Ansicht nach endgültig besorgt. Aber wie er die offizielle Theorie der kommunistischen Wirtschaftsweise kritisiert, das ist allerdings bemerkenswert. Er nennt sie eine Wirtschaftsordnung mit negativen Vorzeichen, weil wohl gesagt wird, wie es nicht ist, aber in keinem Falle nach welchen Kategorien diese Wirtschaft geordnet ist. Die Merkmale der kommunistischen Wirtschaft seien, daß es keinen Markt, keine Preise und kein Geld gäbe. Also alles negativ.

Der allgemeine Produzent - Distribuent wird diesen negativen Raum ausfüllen, antwortet Neurath; Hilferding weist diese Aufgabe den Staatskommissaren mit ihrer Produktions- und Verbrauchsstatistik zu, oder man vertröstet sich sogar mit dem Hinweis auf die schöpferische Kraft des siegreichen Proletariats, die derartige Probleme spielend lösen wird . . . Hier ist sicher das Wort am Platze: „Wo die Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“

Auf den ersten Blick mag es befremden; daß die sogenannten marxistischen Oekonomen sich so wenig mit den Kategorien der kommunistischen Wirtschaftsweise beschäftigt haben, trotzdem doch Marx seine diesbezüglichen Auffassungen ziemlich vollständig, sei es auch in sehr gedrängter Form, in den „Randglossen“ niedergelegt hat. Aber doch nur auf den ersten Blick. Die „Jünger“ von Marx

konnten mit seiner grandiosen Vision nichts anfangen, weil sie glaubten entdeckt zu haben, daß die Grundbedingungen für Leitung und Verwaltung der Wirtschaft sich so ganz anders entwickelten, als Marx dachte. Die „Assoziation freier und gleicher Produzenten“ verwandelte sich unter ihren Händen in „Verstaatlichung“; schien doch der Konzentrationsprozeß von Kapital und Wirtschaft dem mit absoluter Sicherheit in die Hände zu arbeiten. Aber die Revolutionsjahre von 1917—23 haben die Formen aufgezeigt, worin das Proletariat sich der Produktionsmittel bemächtigt und die russische Revolution bewies, daß entweder sie, die Räte, das Feld behaupten, oder aber die zentrale Wirtschaftsorganisation des Staates. Darum erweisen sich auch die von Marx aufgestellten Richtlinien für die kommunistische Wirtschaft wieder als richtig. Ueber die „Randglossen“ folgendes: Im Jahre 1875 sollte der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ (Lassalle) mit der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ vereinigt werden, wozu ein Entwurf zum Einigungsprogramm von Gotha aufgestellt wurde. An diesem Entwurf haben sowohl Marx als Engels eine vernichtende Kritik geübt. Marx schrieb seine Kritik im Brief an Brake und er nannte dieses Manuskript „Kritische Randglossen zum Koalitionsprogramm“. Erst seit 1891 wurden sie in breiteren Kreisen bekannt, und zwar, als Engels sie abdrucken ließ in der „Neuen Zeit“ (Band IX, S. 561—575). Jahrelang hörte man nichts mehr davon, bis 1920, 1922 und jetzt 1928 neue Ausgaben stattfanden. (Alle diesbezüglichen Daten sind entnommen aus: „Programmkritiken“.)

Diese Randglossen hatten wir erst nach Abschluß unserer Studie zur Hand. Sie deckten sich so vollkommen mit der hier gegebenen Darstellung, daß unsere Arbeit gewissermaßen nur als die zeitgemäße Ausarbeitung der Marx'schen Auffassung erscheint. Wir wollen diese Uebereinstimmung zeigen, da, wo Marx gegen die Auffassung des Einigungsprogramms polemisiert, daß jeder Arbeiter den „unverkürzten Arbeitsertrag“ erhalten werde:

„Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das gesellschaftliche Gesamtprodukt.

Davon ist nun abzuziehen:

Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.

Zweitens: Zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.

Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse usw.

Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahr-

scheinlichkeitsrechnung; aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt als Konsumtionsmittel zu dienen.

Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

Erstens: Die allgemeinen, nicht zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten.

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maße, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Zweitens: Was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen usw.

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maße zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige usw., kurz für das, was heute zu der sogenannten offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm unter Lassall'schem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unter der Hand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich, was den Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugute kommen.“ (Karl Marx, Randglossen.)²⁰

Was wir bei keinem der offiziellen, marxistischen Ökonomen finden, das springt bei der Marx'schen Darstellung direkt in die Augen. Er sieht die Wirtschaft auch im Kommunismus als einen geschlossenen Prozeß, in dem ein gesetzmäßiger Kreislauf stattfindet. Die ökonomische Notwendigkeit der Wiederherstellung und Ausdehnung der verbrauchten Produktionsmittel ist die Grundlage, von wo aus die Verteilung des Gesamtprodukts angefaßt wird. Und Marx kann nie auf den Gedanken verfallen sein, diese Wiederherstellung durch Staatskommissäre, also persönlich anordnen zu lassen. Es ist ein sachlicher Vorgang und das Maß dafür muß selbstverständlich aus der Produktion selbst hervorgehen. Dann, daß die allgemeinen Unkosten, die gemeinschaftlich befriedigten Bedürfnisse und die Fürsorge für Arbeitsunfähige den sogenannten „vollen Arbeitsertrag“ vermindern — man merkt bei Marx nichts davon, daß Statistiken hierfür nötig seien, sondern es ist ein Abzug vom individuell

zu verzehrenden Produkt. erinnert man sich nun dessen, daß er als Maßstab für diese Verteilung die individuell geleistete Arbeitszeit vorschlägt, dann ist das Bild vollständig. Wir glauben darum mit Recht sagen zu können, daß unsere Darlegungen nur die folgerichtige Anwendung der Marx'schen Gedankengänge sind.

Von der Geld- zur Arbeitszeitrechnung.

Bei mündlichen Auseinandersetzungen über die Grundprinzipien der kommunistischen Produktion und Distribution wurden bei der Kritik in der Hauptsache zwei Argumente ins Feld geführt. Das erste bezieht sich auf Arbeitszeitrechnung. Das zweite Argument war, daß die in dieser Studie skizzierte Grundlage der Gesellschaft utopisch sei. Wir wollen zeigen, daß beide Argumente schon durch die Geschichte widerlegt sind.

Die Abschaffung des Geldes und seine Ersetzung durch die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit (Arbeitsgeld) ist eine revolutionäre Handlung und kann sich bei genügender Macht der Arbeiterklasse schon nach ein paar Monaten proletarischer Gewalt vollziehen. Es ist eine Frage der Macht, welche nur durch das ganze Proletariat getragen werden kann.

Eine Parteidiktatur ist dazu absolut nicht imstande. Eine Parteidiktatur ist nur das Produkt staatskommunistischer Bestrebungen.

Die proletarische Diktatur braucht in ihrer ersten Existenzperiode ungeheuer viel Geld, das sie sich wahrscheinlich auf dieselbe Weise verschaffen muß, wie die kapitalistischen Staaten in Mitteleuropa in der Nachkriegszeit durch die Banknotenpresse. Die Folge davon ist eine starke Inflation des Geldes, ein Emporklettern der Preise aller Produkte. Es handelt sich nicht darum, ob eine solche bewußte Inflation erwünscht ist; wenn es zu vermeiden wäre, würde sicher die proletarische Gewalt dem vorbeugen. Die Erscheinung der Geldentwertung tritt eben mit jeder umwälzend-revolutionären Bewegung in den Vordergrund. Wie die Revolution nun auch verläuft, ob sie zum Staatskommunismus führt oder zur Assoziation freier und gleicher Produzenten, ob es einer Partei gelingt, die Diktatur an sich zu reißen, oder daß die proletarische Klasse als solche durch ihre Räte sie ausübt, auf jeden Fall tritt die Inflation ein.

Schließlich kommt aber eine gewisse Stabilisierung in die gesellschaftlichen Verhältnisse, und damit kann dann auch zur Stabilisierung der Währung geschritten werden. Die alte Recheneinheit ist dann vernichtet, eine neue tritt dann an ihre Stelle. So in Rußland, wo der Tschernowetz als neue Recheneinheit eingeführt wurde, so Oesterreich, das seinen Schilling erhielt, so Belgien mit seiner Belga, so Deutschland mit seiner Goldmark. Frankreich und Italien taten dasselbe, nur blieb der alte Name erhalten.

Vor allem hat das deutsche Volk Anschauungsunterricht gehabt in bezug auf die Einführung einer neuen Recheneinheit. Hier wurde einfach festgesetzt, daß von einem gewissen Datum ab eine Billion Mark alter Währung gleichgestellt sei mit einer Goldmark. Das Wirtschaftsleben paßte sich glänzend dem neuen Zustand an, fast ohne Störungen ging man zu der neuen Recheneinheit über.

Ein Nörgler, der darauf achtet, daß etliche kleine Besitzende enteignet wurden.

Bei der Einführung der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsstunde als Recheneinheit geschieht dasselbe. Sobald die Produktion einigermaßen regelmäßig verläuft, wird die „Stabilisierung“ verkündet, d. h. von einem gewissen Datum an wird alles Geld für wertlos erklärt, und nur Arbeitsgeld gibt Anrecht auf gesellschaftliches Produkt. Dieses Arbeitsgeld kann nur von den Genossenschaften realisiert werden.

Die plötzliche Abschaffung des Geldes bedingt, daß auch plötzlich an allen Produkten die Reproduktionszeit ausgedrückt sein muß. Selbstverständlich ist das nicht so ohne weiteres möglich, und es bleibt dann auch vorläufig eine rohe Abschätzung, welche in einem Fall zu hoch, im andern zu niedrig sein wird. Ist aber die Arbeitszeitrechnung allgemein durchgeführt, dann treten die wirklichen Reproduktionszeiten bald zutage.

Ebenso, wie dann die Produzenten selbst die Produktion leiten und verwalten, so müssen sie auch die Umrechnung aus der Geldrechnung in die Arbeitszeitrechnung vollziehen. Das einzige, das sie dazu benötigen, ist die aus den Kriegsjahren so bekannte „Indexziffer“ oder die „Schlüsselzahlen“.

Eine Methode, um dies grob zu bestimmen, ist, die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit zu berechnen für Industrien, welche ein Massenprodukt herstellen oder für sogenannte Schlüsselindustrien wie Kohle, Eisen oder Kali. Aus den Betriebsbüchern ist zu sehen, wieviel Tonnen Produkt in einer bestimmten Zeit produziert wurden, wieviel der eigentliche Selbstkostenpreis war. Daraus ist dann, läßt man Kapitalzins usw. wegfallen, festzustellen, wieviel Arbeitsstunden dabei verbraucht werden. Aus diesen Daten läßt sich der Geldwert berechnen für eine Eisenstunde, Kohlenstunde oder Kalistunde, wonach man den Durchschnitt von all diesen Industrien als vorläufigen allgemeinen Durchschnitt annehmen kann. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Schlüsselzahl so gefunden werden muß, sondern daß es möglich ist, hier führen eben viele Wege zum Ziel. Wie schon bemerkt, die Geschichte hat die Möglichkeit einer so plötzlichen Abänderung der Recheneinheit bewiesen. „Die größte und schwierigste finanzielle Operation je irgendwo versucht“ („The New Statesman“ über die Einführung der Goldmark) verläuft in einem hochindustriellen Lande ohne ernste Störungen.

Stellt sich so heraus, daß dieser Durchschnitt auf 0,80 Mark = 1 Arbeitsstunde liegt, dann kann jeder Betrieb eine vorläufige Produktionszeit für sein Produkt berechnen. In allen Betrieben macht man also eine Inventur nach der gebräuchlichen Methode, ausgedrückt in Mark. Dann schätzt man den Verschleiß an Werkzeugen und Maschinen, was übrigens in allen Betrieben bekannt ist und rechnet alles nach dem Index um. Die Rechnung eines Schuhbetriebes würde also lauten können:

Verbrauchte Maschinen usw.	= Mark 1 000 = 1 250 Arbstd.
Leder usw.	= Mark 49 000 = 61 250 Arbstd.
Arbeitsstunden	= 62 500
	<hr/>
	125 000 = 40 000 p. Sch.

Durchschnittliche Produktionszeit 125 000 : 40 000 = 3,125 p. Paar.

Vermeintliche Utopie.

Das zweite Argument unserer Kritiker war das der „Utopie“. Auch dieses ist unrichtig, denn es werden in der ganzen Untersuchung keine Konstruktionen für die Zukunft gemacht. Wir untersuchen nur die Grundkategorien des kommunistischen Wirtschaftslebens. Das Einzige, was wir zeigen wollen, ist, daß die proletarische Revolution die Kraft finden muß, die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit durchzuführen; kann sie das nicht, dann ist der Gang zum Staatskommunismus unvermeidlich. Dieser Staatskommunismus wird sich dann wahrscheinlich nicht direkt offen ankündigen, weil er viel zu kompromittiert ist, sondern sich entwickeln aus einer Art Gildensozialismus, den der Engländer Cole in seiner Schrift „Selfgovernment in Idustrie“ (auch in deutscher Uebersetzung erschienen als „Selbstverwaltung in der Industrie“) darstellt und der von Leichter in exakter Form wiedergegeben wurde. Es ist alles verschleierte Staatskommunismus, als letzter Versuch der bürgerlichen Welt, dem Kommunismus, zu entgehen, um die Festlegung eines exakten Verhältnisses des Produzenten zum gesellschaftlichen Produkt zu verhindern.

Umgekehrt ist fast alles, was uns bis jetzt über kommunistische Produktion und Distribution angeboten wurde und den Anspruch erhebt, auf Realitäten aufzubauen, die reinste Utopie. Man macht Projekte, wie die verschiedenen Industrien zu organisieren seien, wie durch bestimmte Kommissionen und Räte der Gegensatz Produzent-Konsument aufgehoben werden soll, durch welche Organe die Macht des Staates gebändigt werden soll usw. Gerät so ein Autor bei seinen phantastischen Purzelbäumen in die Klemme, entsteht bei seinen theoretischen Betrachtungen eine Schwierigkeit

in bezug auf das Zusammenarbeiten der verschiedenen Industrien . . . die Lösung ist bald da. Es wird eine neue Kommission oder ein besonderer Rat „ins Leben gerufen“. Dies trifft vor allem bei dem Gildensozialismus von Cole zu, dessen Ableger der sogenannte deutsche Gewerkschaftssozialismus ist.

Der organisatorische Aufbau des Produktions- und Distributionsapparates ist funktionell verbunden mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, wonach er sich bewegt. Alle Betrachtungen über diesen Aufbau sind darum utopisches Zeug, solange nicht die ökonomischen Kategorien dargestellt sind, welche zu diesem Aufbau gehören. Es ist Utopie und lenkt die Aufmerksamkeit von den wirklichen Grundproblemen ab.

In unseren Betrachtungen haben wir uns nicht auf dieses Gebiet begeben. Sobald der organisatorische Aufbau des Wirtschaftslebens berührt wurde, haben wir nur auf die Betriebsorganisationen und Genossenschaften hingewiesen. Wir waren dazu berechtigt, weil die Geschichte diese Formen schon angegeben hat, womit sie also nicht das Produkt einer fruchtbaren Phantasie sind. Die Organisation der Bauern haben wir mit der größten Zurückhaltung behandelt, gerade weil Westeuropa auf diesem Gebiete ganz wenig Erfahrung hat. Wie die Bauern sich organisieren, muß abgewartet werden. Darum wurde für den Bauernbetrieb nur gezeigt, wie der Kapitalismus auch hier die Bedingungen zur Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit entwickelt hat, während wir gleich einige Konsequenzen diesbezüglich untersuchten.

Wie die Betriebsorganisationen sich verbinden, welche Organe sie ins Leben rufen zum „glatten Verlauf“ der Produktion und Verteilung, wie alle diese Organe gewählt werden müssen, wie die Genossenschaften gruppiert werden, das sind alles Probleme, die von den besonderen Verhältnissen im Zusammenhang mit der Grundlage von Produktion und Verteilung bestimmt werden. Gerade dies, das funktionelle Arbeiten des Produktionsapparates, wird im Gildensozialismus von Cole genau ausgearbeitet, ohne die wirklichen Probleme der ökonomischen Gesetzmäßigkeit zu berühren, und eben dadurch ist es vollkommen wertloses Zeug. Wir weisen daher den Vorwurf der Utopie entschieden zurück, weil sich die Abhandlung nur auf dem Terrain der Durchführung der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsstunde und Reproduktionszeit bewegt.

Nennt man das Vertrauen in die Kraft des Proletariats, den Kommunismus durchzusetzen, Utopie, dann ist das eine subjektive Utopie, die das Proletariat durch intensive Propaganda beseitigen muß.

Das einzige Gebiet, wo der Schein der Utopie gegen uns wäre, ist das der gesellschaftlichen Buchhaltung und der Kontrolle des Wirtschaftslebens. Aber auch nur der Schein. Man könnte denken,

daß z. B. Leichter mehr Raum für die Entwicklungsmöglichkeiten gelassen hätte, weil er die Frage, inwieweit die Verrechnung zwischen den Betrieben individuell in Arbeitsgeld oder durch einfache Ueberbuchung an einer Zentralstelle stattfindet, offen läßt, während wir diese zentrale Ueberbuchung unbedingt verlangen. Das Wesentliche ist aber, daß wir auf die große Bedeutung der allgemeinen gesellschaftlichen Buchhaltung als Waffe der ökonomischen Diktatur der Arbeiterklasse hinweisen, während zugleich damit die gesellschaftliche Kontrolle des Wirtschaftslebens ihre Lösung findet. Der organisatorische Aufbau dieser Buchhaltung, ihre besondere Bindung mit der Gesellschaft, blieben selbstverständlich außer Betrachtung.

Es ist natürlich möglich, daß die proletarische Revolution noch nicht genügend Kraft aufbringt, diese entscheidende Waffe der Diktatur zu gebrauchen. Aber schließlich muß es doch dazu kommen, und zwar abgesehen von der Diktatur, weil die kommunistische Wirtschaft selbst die exakte Berechnung des Quantums Produkt, das die Konsumenten ohne Bezahlung erhalten, verlangt. Mit anderen Worten: die Daten für die Berechnung des Ausbezahlungsfaktors müssen festgestellt werden; kommt es nicht dazu oder ungenügend, dann ist die Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit nicht durchzuführen, womit der Kommunismus in sich zusammenfällt. Es gibt dann keinen anderen Ausweg als den der Preispolitik, und wir sind wieder bei der Beherrschung der Massen angelangt, in den Staatskommunismus hineingesegelt. So ist es nicht unsere Phantasie, welche die allgemein gesellschaftliche Buchhaltung für wünschenswert hält, sondern die ökonomische Gesetzmäßigkeit, die diese Forderung unbedingt stellt.

Fassen wir unsere Betrachtungen kurz zusammen, dann gibt es folgendes Bild:

Grundlage dieser Untersuchungen ist das empirisch Gegebene, daß bei Uebernahme der Macht die Produktionsmittel in den Händen der Betriebsorganisationen sind. Die Stärke der kommunistischen Gesinnung, welche wieder mit der klaren Einsicht, was mit den Produktionsmitteln anzufangen ist, zusammenhängt, wird bestimmen, ob sie sie auch behaupten werden. Setzen sie sich nicht durch, dann geht es zum Staatskommunismus, welcher seine hoffnungslosen Versuche zur planmäßigen Produktion nur auf dem Rücken der Arbeiter ausprobieren kann. Eine zweite Revolution, welche die Produktionsmittel tatsächlich in die Hände der Produzenten bringt, ist dann notwendig. Behaupten sich aber die Betriebsorganisationen, dann können sie die Wirtschaft nicht anders ordnen, als auf der Grundlage der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit, unter Abschaffung des Geldes. Möglich ist ja auch, daß so kräftige syn-

dikalistische Tendenzen vorhanden sind, daß die Arbeiter versuchen wollen, die Betriebe in eigene Verwaltung zu nehmen, unter Beibehaltung des Geldes. Das Resultat ist dann nichts anderes, als eine Art Gildensozialismus, der wieder zum Staatskommunismus (= Kapitalismus) führt. Der Schwerpunkt einer proletarischen Revolution liegt darin, ein exaktes Verhältnis des Produzenten zum Produkt herzustellen, und das ist nur bei allseitiger Durchführung der Arbeitszeitrechnung möglich. Es ist die höchste Forderung, welche das Proletariat stellen kann . . . , aber zugleich auch die niedrigste und zweifellos eine Machtfrage. Eine Machtfrage, welche das Proletariat allein durchzukämpfen hat, weil es in keinem Fall auf die Hilfe sozialistischer oder kommunistischer Intellektueller rechnen kann.

Das Behaupten der Betriebsorganisationen bezieht sich also auf selbständige Verwaltung und Leitung, weil das die einzige Grundlage ist, worauf sich die Arbeitszeitrechnung durchführen läßt. Ein wahrer Strom von Literatur aus Amerika, England und Deutschland bringt den Beweis, wie die Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit vom Kapitalismus vorbereitet wird. Im Kommunismus geht die Berechnung von $(P+R)+A$ ebensogut weiter, als jetzt, nur mit anderer Recheneinheit; in dieser Beziehung trägt die alte kapitalistische Gesellschaft die neue kommunistische in ihrem Schoß. Die Verrechnung zwischen den Betrieben, um die Reproduktion jedes einzelnen Betriebes sicherzustellen, geht durch Ueberbuchung auf das Giro . . . wie jetzt. Auch hier gebärt der Kapitalismus die neue Ordnung. Die Zusammenfassung der Betriebe ist ein Prozeß, der sich auch heute vollzieht. Wohl ist es wahrscheinlich, daß die künftige Gruppierung eine andere sein wird, weil sie sich nach anderen Gesichtspunkten richtet. Die Betriebe, die wir als AGA-Typ bezeichneten, die sogenannten „öffentlichen“ Betriebe, sind auch heute vorhanden, aber als Instrumente des Klassenstaates fungierend. Sie werden vom Staate losgelöst und nach kommunistischen Gesichtspunkten der Gesellschaft eingereiht. Auch hier ist ein Weiterbauen des schon Vorhandenen. Der Staat verliert damit seinen heuchlerischen Charakter von jetzt, er steht als reiner Machtapparat der Diktatur des Proletariats da. Er wird den Widerstand der Bourgeoisie brechen . . . aber hat in der Verwaltung der Wirtschaft nichts zu suchen. Wodurch zugleich die Vorbedingung dafür, daß der Staat „absterben“ kann, gegeben ist.

Die Trennung der öffentlichen Betriebe vom Staat, ihre Einfügung in das Wirtschaftsganze, erfordert die Feststellung desjenigen Teils des gesellschaftlichen Produkts, welcher noch individuell verteilt werden muß, wofür wir den Faktor individueller Konsum (FIK) fanden.

Auch für die Verteilung sind die Organe der Zukunft im Kapitalismus schon angedeutet. Inwieweit die heutigen Konsumgenossenschaften brauchbar sein werden, ist eine andere Frage, weil doch die Verteilung nach anderen Gesichtspunkten organisiert wird. Soviel aber ist sicher, daß sehr viel Erfahrung in den heutigen Genossenschaften gesammelt ist.

Stellen wir den Staatskommunismus dem gegenüber, dann muß zunächst bemerkt werden, daß hier das Geld nicht verschwinden kann (s. Kautsky), weil nur die „reifen“ Betriebe „nationalisiert“ werden, arbeitet ein großer Teil der Produktion noch mit privatem Kapital, womit eine andere Recheneinheit als das Geld ausgeschlossen ist. Der Warenmarkt bleibt, und auch die Arbeitskraft als Ware, die ihren Preis auf dem Markt verwerentlichen muß, d. h., daß allen schönen Reden zum Trotz in der Wirklichkeit die Lohnarbeit nicht aufgehoben werden kann. Der Werdegang der „Nationalisierung“, der dann das Wachstum zum Kommunismus sein soll, eröffnet trostlose Perspektiven. Die Gestaltung der werdenden kommunistischen Gemeinschaft wird den Produzenten entrissen und in die Hände der Staatsbürokratie gelegt, die gar bald die Wirtschaft zur Erstarrung bringen wird. Von ihren zentralen Büros aus bestimmt sie, was produziert, wie lange und zu welchem Lohn gearbeitet werden soll.

In diesem System muß auch die Demokratie ihre Rolle spielen. Allein gewählte Körperschaften und Räte verbürgen, daß die Interessen der Massen respektiert werden. Diese Demokratie wird aber Stück für Stück durchbrochen, weil in Wirklichkeit so eine zentrale Leitung nicht möglich ist. Letztere löst sich in die Herrschaft vieler einzelner Diktatoren auf, der Gang des ökonomischen Lebens wird durch die persönliche Herrschaft der Demokratie bestimmt. Auch hier wird die Demokratie zum Deckmantel der tatsächlichen Beherrschung der Millionen, ebenso wie im Kapitalismus. Im günstigsten Fall erhalten die Arbeiter das so hoch gerühmte „Mitbestimmungsrecht“, welches wieder eine Verschleierung der wahren Machtverhältnisse darstellt.

Die Zurückweisung zentraler Produktionsverwaltungs- und -führung besagt aber noch nicht, daß wir damit auf ausschließlich föderalistischem Boden stehen. Wo Leitung und Verwaltung der Wirtschaft bei den Massen selbst beruht, bei den Betriebsorganisationen und Genossenschaften, sind ohne Zweifel kräftige syndikalistische Tendenzen vorhanden; aber betrachtet von der Seite der allgemein gesellschaftlichen Buchhaltung, ist das ökonomische Leben ein un-durchbrochenes Ganze, und haben wir einen Mittelpunkt, von dem aus die Wirtschaft zwar nicht verwaltet und geleitet, aber sicher wohl übersehen werden kann. Die Tatsache, daß alle Umformungen der menschlichen Energien im Wirtschaftsprozeß in einem

Organismus zur Registrierung kommt, ist die höchste Zusammenfassung des ökonomischen Lebens. Ob man es föderalistisch oder zentralistisch nennen will, hängt davon ab, von welcher Seite man dieselbe Erscheinung sieht. Es ist sowohl das eine als auch das andere, wodurch diese Begriffe für das Produktionssystem als Ganzes ihren Sinn verloren haben. Der Gegensatz Föderalismus — Zentralismus ist in seiner höheren Einheit aufgehoben, der Produktionsorganismus ist zur organischen Einheit geworden.

Fremdwörterverzeichnis

absolut	unbeschränkt, unabhängig
absorbieren	verzehren, beanspruchen
absurd	unsinnig
adäquat	angemessen, gleich
Administration	Verwaltung
Akkumulation	Anhäufung, Sammlung
Analyse	Zerlegung
Antagonismus	Widerstreit
äquivalent	gleichwertig
Argument	Beweismittel
Assekuranzfonds	versicherter, gesicherter Bestand
Assoziation	Verbindung
Atom	nicht teilbarer, kleinster Teil der Elemente
Budget	Haushalts-Wirtschaftsplan
Debet	Schuld
Definition	Begriffsbestimmung
Defizit	Verlust, Fehlbetrag
Dekret	Beschluß, Verfügung
Differential-Rente	verschieden gestaltete Rente
Distribution	Verteilung
dotieren	ausstatten
Efficiency	Leistungsfähigkeit
Elektron	Elektrizitätsatom
Element	Grundstoff, Urstoff
Embryo	keimhafte, unentwickelte Leibesfrucht
Enormität	Maßlosigkeit, Ungeheuerlichkeit
euphemistisch	mildernd, beschönigend
Exploitation	Ausbeutung
fakturieren	berechnen
Farce	Lächerlichkeit, Posse
Flasko	Mißerfolg
fiktiv	angenommen
föderativ	lose verbindend
fungieren	verrichten, wirksam sein
genial	geistvoll, schöpferisch
Gilde	soziale Gesellschaftsform
girieren (Girobank)	übertragen
homogen	gleichartig
horizontal	waagrecht
Ideell	erhaben, gedanklich
Ideologie	Begriffsentwicklung, Stufe
Identität	Uebereinstimmung, Gleichheit

illegal	ungesetzlich, geheim
Inflation	Aufblähung
individuell	persönlich, einzeln
Initiative	eigener Antrieb
intensiv	angespannt, stark, lebhaft
Inventarium	Bestands-(aufnahme)
juristisch	rechtswissenschaftlich
Kalkulation	Berechnung
Kalorie	Wärmeeinheit (Nährstoff)
Kartell	zusammengefaßte Wirtschaftsgruppen
Kategorie	Klasse, Gattung
klassisch	mustergültig
kollektiv	gemeinsam, einheitlich
Komplex	Inbegriff, Umfang
kompliziert	schwierig, verwickelt
konkret	fest, bestimmt
Konsortium	Verbindung von Unternehmen
konstatieren	feststellen
Konsumtion	Verbrauch
kontinuierlich	fortgesetzt, ununterbrochen
konzentrieren	sammeln
Kooperation	Mitwirkung
Kooperative	Genossenschaft
Kredit	Guthaben, Forderung
kultivieren	bearbeiten
legal	öffentlich, gesetzlich
libertär	freiheitlich, brüderlich
Mammut (-Trust)	gewaltige Verbindung
Manifest	öffentliche Erklärung, Kundgebung
Manko	Fehlbetrag, Ausfall
Manuskript	Urschrift, Schriftsatz
materiell	stofflich, sachlich
metaphorisch	bildlich, im übertragenem Sinne
Minimum	das mindeste — Geringste
Modifikation	Abmessung, Einschränkung
Modus	Art und Weise
Monopol	Allein-Handel, Recht, Besitz
Motiv	Beweggrund, Triebfeder, Ursache
Negation	Verneinung, Aufhebung
Niveau	Höhe, Stufe, Gesichtskreis
nolens volens	wohl oder übel, gezwungen
nominell	dem Namen nach bestehend (Nenner)
offiziell	öffentlich, amtlich
ökonomisch	wirtschaftlich
Operation	Verfahren, Eingriff
Organismus	gegliedertes (lebendiges) Ganze
Objekt	Gegenstand
Paradox	widersinnig, entgegenstehend
Parasit	Schmarotzer, Mitesser
perpetuum mobile	fortwährende Selbstbewegung
Phase	Stufe, Form
Physiologie	den Naturgesetzen entsprechend, körperhaft
Plus	zuzüglich (Mehrbetrag)
polemisieren	dagegen sprechend (Federkrieg)
Position	Stellung, Lage
post festum	hinterher, zu spät
primitiv	einfach, ursprünglich
Prinzip	Grundsatz, Grundgesetz

Problem	Aufgabe, Fragestellung
problematisch	zweifelhaft, fraglich
Produktion	Erzeugung
Produktivität	Ergiebigkeit
Profit	Nutzen, Gewinn
Proportion	Verhältnis, Gleichung
psychisch	seelisch
Qualifikation	Befähigung, Brauchbarkeit
Quantum	Menge, Summe
Rationalisation	Umstellung der Wirtschaft auf möglichste Ein-
Regie	Leitung, Verwaltung
Region	Gebiet, Gegend
relativ	verhältnismäßig bedingt
Reproduktion	Wiedererzeugung
Sphäre	Wirkungs- Machtkreis
spontan	freiwillig, plötzlich
Surplus	Rest, Ueberschuß, Deckung
Syndikat	Gesellschaftsform
stationär	standörtlich, bleibend
Stimulation	Anregung, Anreizung
Struktur	Gefüge, Bau, Aufbau
Taylorssystem	Einstellungs- Entlohnungsverfahren nach Eignung
Tendenz	Zweck, Ziel, Neigung
Terme	Abgrenzung, Grenzstein
Terminologie	Zielsetzung
Territorium	Gebiet
Transaktion	Verhandlung, Vergleich, Verfahren
universell	allgemein, alles umfassend
Utopie	Schwärmerei, Hirngespinnst
variieren	verändern, schwanken
vertikal	senkrecht
Vision	Erscheinung, Trugbild
Zertifikat	Bescheinigung
Zirkulation	Umlauf

Anmerkungen:

1. Rudolf Hilferding, "Das Finanzkapital". Frankfurt/M. 1968, S. 24.
2. Marx-Engels Werke (MEW), Bd. 20, S. 261.
3. MEW 20, S. 288.
4. MEW 23, S. 91.
5. MEW 23, S. 92.
6. MEW 23, S. 93.
7. MEW 24, S. 358.
8. Finanzkapital, 1968, S. 321-322.
9. MEW 23, S. 591.
10. MEW 19, S. 19-20.
11. MEW 6, S. 406-407 und: "Lohnarbeit und Kapital", Dietz-Verlag 1954, S. 49 f.
12. MEW 23, S. 109-110.
13. MEW 19, S. 21.
14. MEW 19, S. 20.
15. MEW 20, S. 262 und MEW 19, S. 224.
16. MEW 24, S. 358.
17. MEW 24, S. 316-317.
18. Finanzkapital, 1968, S. 24.
19. MEW 24, S. 137.
20. MEW 19, S. 18-19.

DIE AUSGANGSPUNKTE DER GRUNDPRINZIPIEN KOMMUNISTISCHER PRODUKTION UND VERTEILUNG

Ergänzungsheft zu den "Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung", erschienen im Neuen Arbeiterverlag, Berlin 1931 aus dem Holländischen.